

gestellte fehlen, deren Ausbildungsniveau höher liegt als ein Abschluss der Sekundarstufe II (SCMP, 3., 15. u. 23.11.00). Angesichts dieser Prognose kann Hongkong nicht umhin, Maßnahmen für die Ausweitung der Hochschulbildung zu ergreifen und das von Tung gesetzte Ziel, wenn auch vielleicht nicht in dem genannten Umfang, anzustreben. Der Bedarf an akademisch ausgebildetem Personal wird vor allem auf den Gebieten Informatiktechnologie und Finanzwesen akut werden. -st-

43 Hohes Wirtschaftswachstum im 3. Quartal

Das schnelle Entwicklungstempo der Hongkonger Wirtschaft im 1. Halbjahr hat sich auch im 3. Quartal mit einem BIP-Wachstum von 10,4% gegenüber der Vorjahresperiode fortgesetzt. In den ersten drei Quartalen insgesamt ergibt sich nun eine Zunahme des BIP um 11,7%.

Die Hongkonger Regierung führt das hohe Wachstum im 3. Quartal auf den Anstieg der Exporte, die Erhöhung der Inlandsnachfrage und eine Verstärkung der Investitionen zurück. So nahmen die Exporte von Gütern um 17,7% zu, und die Dienstleistungsexporte stiegen um 12,6%. Weiterhin erhöhten sich die Konsumausgaben um 5,6% und die Investitionen um 13% im 3. Quartal im Vergleich zur Vorjahresperiode. Auch die Arbeitsmarktbedingungen verbesserten sich. So ging die saisonal angepasste Arbeitslosenquote von 5% auf 4,8% zurück. (XNA, 25.11.00)

Problematisch ist jedoch immer noch die Preisentwicklung. So gingen die Verbraucherpreise im Oktober um 2,7% gegenüber dem Vorjahresmonat zurück. Im September lag die Deflationrate bei 2,6%. (SCMP, 22.11.00)

Mit Blick auf die erfolgreiche Entwicklung in den ersten neun Monaten d.J. geht der Internationale Währungsfonds davon aus, dass das BIP-Wachstum aufgrund der starken externen Nachfrage für das gesamte Jahr bei 9,5% liegen wird. Für das kommende Jahr erwartet der Internationale Währungsfonds jedoch ein Abschwächen des Wirtschaftswachstums auf 4%, da der Effekt der niedrigen Ausgangsbasis für das Wachstum weg-

fallen und die Zunahme von Konsum sowie Investitionen geringer sein wird. (XNA, 15.11.00) -schü-

SVR Macau

44 Edmund Hos zweite Regierungserklärung

Der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion (SVR) Macau, Edmund Ho Hau Wah (He Houhua), gab am 9. November seine zweite Regierungserklärung in seiner noch nicht einmal einjährigen Amtszeit ab. Nach den letzten schweren Jahren zeige Macaus Wirtschaft Signale der Erholung, so Ho in seiner Rede. Das Wachstum in einigen Bereichen bedeute aber noch nicht, dass eine allgemeine Wiederbelebung bevorstehe. „Die gesellschaftlichen Bedingungen insgesamt erfordern es gegenwärtig und in der Zukunft, dass wir weiterhin eine praktische und schrittweise Strategie anwenden.“ Ungebührliche Hast müsse vermieden werden. Das Prinzip der „beständigen Entwicklung“ werde die Strategie für die Administration in den kommenden Jahren bleiben. Edmund Ho wies darauf hin, dass die Rolle Macaus als Brücke zwischen Unternehmen auf dem chinesischen Festland und den romanisch-sprachigen Ländern gestärkt werden müsse (das sind fast 80 Länder, Regionen und Städte, in denen Portugiesisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Rumänisch gesprochen wird, mit einer Gesamtbevölkerung von beinahe einer Milliarde).

Für dieses Jahr sagte Edmund Ho ein vierprozentiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) voraus (nach vier aufeinander folgenden Jahren eines realen Negativwachstums des BIP), basierend auf einer Verdoppelung des Wachstums bei Exporten, Touristen und Einnahmen aus Kasiosteuern sowie einer drastischen Abnahme der Kriminalität. In der Erklärung wurde auch die Entschlossenheit der Regierung, die Wirtschaft in den Bereichen Kasinoindustrie und Telekommunikation zu entmonopolisieren, deutlich. Alle Anstrengungen sollten unternommen werden, um die

Investitionsverfahren zu vereinfachen, Verletzungen des geistigen Urheberrechts zu bekämpfen, den bürokratischen „Civil Service“ zu reformieren und 6.000 neue Stellen durch eine Reihe von öffentlichen Investitionsprojekten zu schaffen. Ho kündigte die Einrichtung zweier Zentren zur Förderung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklung und privater Geschäftsinitiativen sowie einen „think-tank“ zur Lieferung von Ideen zu langfristigen Entwicklungsstrategien an. Die jüngsten Reisen des Regierungschefs nach Singapur, Japan und Shenzhen hatten die Rückständigkeit Macaus in den Bereich High-techindustrien, Informationstechnologie und „e-government“ deutlich gemacht. Nach Aussagen lokaler Planer wird Macau noch mehrere Jahre benötigen, um mit anderen Städten in der Region gleichzuziehen. (XNA, 10.11.00; SCMP, 18.11.00)

Nach einer von Forschern der Universität Macau am 11. und 12. November per Telefon durchgeführten Meinungsumfrage äußerten 75% der über 700 Befragten ihre Zufriedenheit über Edmund Hos Regierungserklärung. 85% zeigten sich zufrieden mit den bisherigen Leistungen der SVR-Regierung. (XNA, 17.11.00)

Im Monat November empfing Edmund Ho auch Delegationen des Europäischen Parlaments und aus Estland, außerdem besuchte er die Sonderwirtschaftszone Shenzhen. Am 4. November unterrichtete er die Delegation des Europäischen Parlaments unter Leitung von Per Gahrton, die vorher China und Hongkong besucht hatte, über die Situation Macaus nach der Rückgabe an China. Zum Einfluss von Chinas Beitritt zur WHO merkte er an, dass Macau eines der Gründungsmitglieder der Organisation sei. Die SVRM werde zwar keinen großen Gewinn aus Chinas Teilnahme ziehen können, aber sicherlich einigen Geschäftsleuten in Macau günstige Gelegenheiten bieten. (Macau Government Information Bureau website, 5.11.00) Am 14. November nahm Edmund Ho an den Feiern zum 20. Jahrestag der Gründung der SWZ Shenzhen teil. Am darauf folgenden Tag erörterte er mit Zhang Gaoli, stellvertretender Parteisekretär der Provinz Guangdong und gleichzeitig Parteisekretär von Shenzhen, Formen der Zusam-

menarbeit. (XNA, 16.11.00; SCMP, 18.11.00)

Am 20. November empfing Macaus Regierungschef eine Delegation aus Estland, der die Ständigen Unterstaatssekretäre des Außenministeriums und des Ministeriums für Transport und Verkehr, der Vorstandsvorsitzende und der Generaldirektor der Eisenbahnen Estlands sowie der Präsident und Vizepräsident des Hafens Tallinn angehörten. Die Entwicklung des Handels mit Estland, so Ho, werde eine weitere Brücke für Macaus Zugang nach Europa bilden, außerdem bestünden gute Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnologie. (Macau Government Information Bureau website, 21.11.00) -ljk-

45 Neuer Polizeichef ernannt

Der Staatsrat der VR China gab am 2. November die Ernennung von José Proença Ló Branco als Chefkommandeur der Polizeikräfte in Macau bekannt. Die Ernennung erfolgte auf die Nominierung Edmund Hos hin. Proença Branco, 1958 in Macau geboren, hat die chinesische Staatsangehörigkeit. Er war im Oktober 1983 als „assistant chief“ zu den Polizeikräften gekommen. An der Macau Security Forces Higher School hat er einen Grad in Polizeiwissenschaften erworben. 1995 wurde er zum Kommandeur der Einheit für Sondereinsätze und im März 1999 zum Kommandeur der Polizei für öffentliche Sicherheit ernannt. In dieser Eigenschaft war er für die Sicherheit der Staatsgäste bei der Rückgabe Macaus an China im Dezember 1999 zuständig. (Macau Government Information Bureau website, 2.11.00; XNA, 3.11.00) -ljk-

Taiwan

46 Gärende Staatskrise: ein Hornberger Schießen?

Die Staatskrise, die der Beschluss der Regierung zum Baustopp des vierten Atomkraftwerks ausgelöst hatte, setzte sich im November fort. Nach anfänglicher Absprache der Oppositions-

parteien, ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einzuleiten, zeichnete sich in der zweiten Monatshälfte jedoch ab, dass es dazu nicht kommen wird.

Der Zorn der atomkraftfreundlichen Opposition, Versuche des Präsidenten, die Wogen zu glätten, sowie Proteste von Atomkraftgegnern waren im November die dominierenden Themen in Taiwan. (Vgl. C.a., 2000/10, Ü 43) Einen ersten Höhepunkt erlebte die Konfrontation zwischen Regierung und Opposition am 7.11., als das Parlament mit der Mehrheit der Oppositionsparteien ein Gesetz verabschiedete, das die Regularien für die geplante Abstimmung zur Amtsenthebung spezifizierte, dabei unter anderem die Möglichkeit der geheimen Stimmabgabe ausschloss und so die Fraktionsdisziplin für die Abgeordneten verschärfte. Zwei Tage zuvor hatte Präsident Chen Shui-bian den Vorsitzenden der Nationalen Volkspartei KMT, Lien Chan (Lian Zhan), in einer Fernsehansprache öffentlich um Entschuldigung dafür gebeten, dass die Verkündung des AKW-Baustopps nur eine halbe Stunde erfolgt war, nachdem er sich mit Lien in einem Gipfeltreffen über die Atomkraftpolitik unterhalten, den damals bereits feststehenden Beschluss zum Nicht-Weiterbau des neuen AKW jedoch verschwiegen hatte. Chens Vorgehen wurde allgemein als stillos und für Lien erniedrigend empfunden.

Ernst schien es für Präsident Chen dann am 11.11. zu werden, als sich die Vorsitzenden der drei Oppositionsparteien trafen und ihre Entschlossenheit bekundeten, gegen Chen und seine Regierung vorzugehen. Als Begründung wurden zehn Beispiele von „Missmanagement“ genannt, die sich Chen in den ersten fünfzehn Monaten seiner Amtszeit habe zuschulden kommen lassen, darunter die Verschlechterung des Investitionsklimas, die anhaltende Aktienbaisse und Missachtung der Legislative. Die Regierung hatte tags zuvor bekannt gegeben, dass sie sich hinsichtlich der Frage, ob sie die Freiheit habe, vom Parlament beschlossene Ausgaben - hier: zum Bau des vierten AKW - nicht zu tätigen, ein Rechtsgutachten beim obersten Gerichtshof beantragt habe. In einer zusätzlichen Geste des Entgegenkommens erklärte Präsident Chen

wenige Tage später, er sei offen für nötige Verfassungsänderungen, zu denen er die Vorschläge der Opposition hören wolle. Oppositionsführer Lien Chan wies das Angebot als Ablenkungsmanöver zurück.

Während Chen und seine Regierung gegenüber der in Zorn entbrannten Opposition, die nahezu zwei Drittel der Stimmen im Parlament auf sich vereint, keine echte Chance hat, den Machtkampf für sich zu entscheiden, zeichnete sich in der zweiten Monatshälfte doch ab, dass es zum Schlimmsten kaum kommen wird. Die Tatsache, dass am 12. November mehr als 100.000 Atomkraftgegner zur Unterstützung Chens auf die Straße gingen, ist hierbei weniger von Belang als der Umstand, dass die Bevölkerung eine Amtsenthebung des Präsidenten mehrheitlich ablehnt. Auch wenn eine von der Regierungspartei DPP in Auftrag gegebene Umfrage in ihren Ergebnissen tendenziös sein mag - demnach votierten nur 14% der Befragten für eine Amtsenthebung, 60% waren dagegen -, bestätigten andere Umfragen, dass das geplante Vorgehen der Opposition gegen die Regierung unter den Wählern wenig Unterstützung findet. Führende Wirtschaftsvertreter, die kaum als Parteigänger des Präsidenten gelten können, appellierten ausdrücklich an die Opposition, ihren Plan, Chen zu stürzen, nicht weiter zu verfolgen.

Vor allem kommt Chen zugute, dass die KMT den nächstliegenden Schritt nicht tun mag, nämlich ein Misstrauensvotum gegen den Premier einzuleiten. Der Erfolg eines solchen Antrags wäre ihr zwar rechnerisch sicher, doch fürchtet sie die Folge: die Auflösung des Parlaments und vorgezogene Neuwahlen, bei der sie unausweichlich ihre bisherige Mehrheit verlieren würde. Aber auch bei einem Amtsenthebungsverfahren wäre der Ausgang ungewiss, da darüber im letzten Schritt des langen und kostspieligen Verfahrens das Wahlvolk entscheiden müsste. Nach einer von der KMT in Auftrag gegebenen Umfrage sind mittlerweile zwar 48% der Befragten mit dem Präsidenten unzufrieden, die Zustimmungquote liegt mit 42,8% jedoch noch immer höher als der Prozentsatz, mit dem Chen im März in sein Amt gewählt wurde. Ende des Monats rückte die kleinere PFP, ohne deren Unter-